

Volksmenge zu beruhigen suchten, sondern sich im Gegenteil durch besonderes Engagement auf seiten der Angreifer hervortaten. Untersucht wird auf Grund von Berichten beteiligter Dienststellen, sowohl des Zentralkomitees der Juden in Polen und des Ministeriums für Staatssicherheit als auch von oppositionellen politischen Gruppierungen die unmittelbare Reaktion maßgebender Funktionsträger in Krakau und Warschau, einschließlich der katholischen Kirche, der Jagiellonenuniversität und intellektueller Kreise. Erschreckend deutlich wird sowohl auf seiten aller beteiligten regierungsamtlichen Dienststellen als auch der Opposition die sofortige Instrumentalisierung des Pogroms für eigene politische Zwecke, d.h. die jeweilige Entschuldigung der eigenen Haltung und die Anklage des politischen Gegners. Auch die These von den gesellschaftlichen Randgruppen als alleinigen Verursachern dieser Ausschreitungen wird gegen besseres Wissen von den in die Untersuchung der Vorfälle involvierten Dienststellen bereits unmittelbar nach dem Geschehen in Umlauf gebracht. Eindeutige Schlußfolgerung: Die ‚eigentlichen‘ Bürger Krakaus sind nicht schuldig. Die katholische Kirche, die sich vor dem Hintergrund der Tatsache, daß bei sämtlichen Nachkriegspogromen Ritualmordgerüchte eine Rolle spielten, durch Unterlassung eines energischen Einschreitens gegen solchen volksfrommen Aberglauben hätte mitschuldig fühlen müssen, wies jeden Antisemitismusverdacht weit von sich, da sie nie „rassistisch“ gewesen sei. Die Lage der verfolgten, bedrängten und ermordeten Juden geriet allgemein kaum ins Blickfeld. Eine erste große, anfangs noch illegale Auswanderungswelle der gerade erst aus den nationalsozialistischen Lagern befreiten oder aus der Sowjetunion zurückgekehrten wenigen Überlebenden war die Konsequenz. Fast zeitgleich mit dem Pogrom hatte bereits das Wojewodschaftsamt in Krakau das Ministerium für Öffentliche Verwaltung gebeten, Auswanderungsbegehren der Juden zu legalisieren, da sie „ohnehin unauffhaltsam“ seien.

Hofheim/Taunus

Viktoria Pollmann

Czesław Osękowski: Wybory do sejmu z 19 stycznia 1947 roku w Polsce. [Die Sejmwahlen vom 19. Januar 1947 in Polen.] Wydawnictwo Poznańskie. Poznań 2000. 363 S., Tab.

Der Band bietet auf den ersten 172 Seiten eine solide gearbeitete Monographie zu den politischen Begleitumständen und dem Verlauf der Sejm-Wahlen in Polen vom 19. Januar 1947, die eine wichtige Zäsur bei der sich in Schritten vollziehenden Machtergreifung der Kommunisten zwischen 1944 und 1948 bildeten. Bei seinen Recherchen für die Studie durfte Czesław Osękowski erstmals lange Zeit unter Verschuß gehaltene Dokumente aus der Politischen Abteilung (V) des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit einsehen, von denen der Vf. 81 in dem fast die Hälfte des Bandes einnehmenden Quellenanhang des Buches zusammengestellt hat.

Die Schilderung der Vorgeschichte der Januarwahlen setzt nach der Volksabstimmung vom 30. Juni 1946 ein, welche die Kommunisten und ihre politischen Bündnispartner dank einer schamlosen Fälschung der Resultate als Sieg ihres Kurses und als Niederlage der von Stanisław Mikołajczyk angeführten Bauernpartei Polskie Stronnictwo Ludowe (PSL) darstellen konnten. Der Vf. stellt die innenpolitische Lage als Auseinandersetzung zwischen dem Block der mit den Kommunisten verbündeten und von ihnen dominierten (sog. demokratischen) Parteien und der einzigen legalen, vom PSL verkörperten politischen Alternative dar, die – obgleich sie noch in einer seit Mitte 1945 bestehenden Koalitionsregierung verbunden waren – sich bald im Wahlkampf gegenüberstanden. Die Bekämpfung der illegalen antikommunistischen Opposition, die sich mehrheitlich für eine Unterstützung Mikołajczyks aussprach, wurde unterdessen von Polizei, Sicherheitsdienst und Armee verstärkt fortgesetzt.

Wie O. überzeugend nachweist, begann die kommunistische Polnische Arbeiterpartei (Polska Partia Robotnicza, PPR) in Zusammenarbeit mit dem von ihr kontrollierten Staatssicherheitsdienst – vom ‚Erfolg‘ der Ergebnisfälschung im Sommer 1946 ermuntert –

sogleich mit Vorbereitungen, einen für die Kommunisten zu erwartenden ungünstigen Ausgang der Sejmwahlen zu manipulieren. Eine zentrale Rolle kam dabei den Wahlauschüssen zu, die zunehmend mit ‚Verlässlichen‘ – Kommunisten und informellen Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes – besetzt und aus denen PSL-Vertreter fast gänzlich entfernt wurden. Zugleich wurde Gegnern der PPR in großem Umfang das aktive Wahlrecht entzogen und das Prinzip der geheimen Wahl durch vorherige schriftliche Verpflichtungen der Wähler zu einer „demonstrativen“ offenen Abstimmung in Gruppen ad absurdum geführt. Während die Parteien des kommunistischen Blocks die Hilfestellung des Propagandaministeriums genossen und enorme Summen für Wahlpropaganda erhielten, wurde der Wahlkampf des PSL von den Staatsorganen auf Schritt und Tritt behindert, PSL-Mitglieder und -Anhänger wurden eingeschüchert und mit verschiedenen Maßnahmen massiv unter Druck gesetzt.

Das tatsächliche Ergebnis der Januarwahlen konnte auch von O. nicht ermittelt werden und ist bis heute nicht bekannt. Laut dem an Stalin gesendeten Bericht eines sowjetischen Beobachters hätten die Wirklichkeit etwa die Hälfte der Wähler(innen) für den kommunistischen Block gestimmt anstatt 80 %, wie das offiziell verkündete Wahlergebnis vorgab (S. 153). Wie der Vf. vermutet, sind die Wahlergebnisse – anders als im Falle der Volksabstimmung – schon gleich nach der Stimmenauszählung präpariert worden.

Marburg/Lahn

Klaus-Peter Friedrich

Historycy polscy i ukraińscy wobec problemów XX wieku. [Polnische und ukrainische Historiker angesichts der Probleme des 20. Jhs.]. Hrsg. von Piotr Kosiewski und Grzegorz Motyka. (Forum Europy Środkowo-Wschodniej.) Verlag Universitas. Kraków 2000. 305 S.

1998 trafen sich in Kazimierz polnische und ukrainische Historiker zu einer Bestandsaufnahme der Historiographie seit der „Wende“. In der Tat hat sich viel seitdem bewegt. Die Archive sind zugänglich, und die vormaligen Tabuthemen werden bearbeitet. Die alten Mythologeme seien zwar nicht mehr gültig, aber die Strukturen, „für die sowjetische Seite charakteristische Wertungen und Stereotype“ (S. 86), lebten fort, wie einsichtige Teilnehmer (etwa Ivan Kozłovs'kyj und gewohnt exzellent Jaroslav Hrycak für die ukrainische Seite) feststellten. Bei Ihor Iljušyn und einigen polnischen Teilnehmern konnte man verfolgen, wie Offenheit versucht und doch Apologetik nicht ganz vermieden werden konnte. Und wer sich dem entziehen wollte, flüchtete sich in die Verlesung einer kaum annotierten Bibliographie (Eugeniusz Koko).

Neben der polnisch-ukrainischen standen die polnisch-jüdische Thematik und eigentlich das ganze Jahrhundert zur Diskussion, aber schon bald konzentrierten sich die Diskussionen fast ausschließlich auf die polnisch-ukrainischen Probleme zwischen 1939 und 1950. Wenig beachtet, aber als originale Bestandsaufnahmen wichtig waren dabei Beiträge über Darstellungen in der Presse (Bogumiła Berdychowska, Mykola Rjabčuk).

Schnell wurde deutlich, daß Historiker weiterhin vor allem über und für ihre Konnationalen schreiben und trotz allen Bekenntnissen zu neuen Ansätzen die Fragestellungen immer noch sehr konventionell sind: Abseits von jeder geschichtstheoretischen Diskussion die „historische Wahrheit“ erreichen will nicht nur Grzegorz Motyka, und das, obwohl er in seinem problematisierenden Beitrag verschiedene „Schulen“ analysiert. Aber dabei findet er auch die Gruppe der „polnischen Ukrainer“, die er – und das hält er für „überlegenwert“ – fatalerweise doch lieber „der ukrainischen Historiographie zurechnen“ (S. 172) möchte. Deutlicher kann man den Bankrott des Versuchs, Nationalgeschichte zu überwinden, kaum ausdrücken. Oder war das gar nicht das Ziel? Treffend ist dagegen M.s Unterscheidung zwischen „Traditionalisten“, die den Gegensätzen polnischer wie ukrainischer Nationalisten weiter die prägende Bedeutung zusprechen, und den sog. „Revisionisten“, die etwa in bezug auf Südostpolen alles den „bösen“ Kommunisten anlasten wollen und von einem potentiell friedlichen – für die Kriegszeit leider aber doch